Sicherheit ist mehr als ein politisches Versprechen

Warum Deutschland bei der Vorsorge und beim Schutz seiner Lebensräume genauer hinsehen sollte

Zwischen gesetzlichen Zielen und tatsächlicher Sicherheit

Deutschland verfügt über zahlreiche Gesetze, Verordnungen und technische Regelwerke, die dem Schutz der Menschen, ihrer Lebensgrundlagen und der öffentlichen Infrastruktur dienen.

Begriffe wie *Vorsorge, Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Gefahrenabwehr und Schadensvermeidung* gehören längst zum politischen Sprachgebrauch.

Doch was bedeuten diese Begriffe für den Bürger im Alltag?

Kann er darauf vertrauen, dass bekannte Gefahren rechtzeitig beseitigt werden? Dass Hochwasserschutzanlagen den erforderlichen Sicherheitsstandards entsprechen? Dass Brücken, Verkehrswege, Energieversorgung und Entwässerungssysteme auch unter außergewöhnlichen Belastungen funktionsfähig bleiben?

Oder beschreiben wir unsere Sicherheitsziele genauer, als wir ihre praktische Umsetzung verbindlich regeln?

Vorsorge muss konkrete Folgen haben

Gesetze sollen nicht nur gesellschaftliche Ziele formulieren. Sie sollen auch einen verlässlichen rechtlichen Rahmen schaffen, innerhalb dessen Zuständigkeiten, Verpflichtungen und Schutzstandards erkennbar werden.

Dabei müssen nicht sämtliche technischen Einzelheiten im Gesetz selbst stehen. Diese können auch durch verbindliche Verordnungen, Fachvorschriften und technische Regelwerke festgelegt werden.

Entscheidend ist jedoch, dass aus einer erkannten Gefährdung nachvollziehbare und überprüfbare Konsequenzen entstehen.

Einige Beispiele verdeutlichen die Problematik:

- Hochwasserschutz: Sind Deiche durchgehend entsprechend den geltenden Sicherheitsanforderungen bemessen und standsicher?
- Bergbaufolgen: Ist die dauerhafte Entwässerung abgesenkter Lebensräume auch bei Extremereignissen gewährleistet?
- Infrastruktur: Werden erkannte Sicherheitsmängel an Brücken, Verkehrswegen und Versorgungsanlagen rechtzeitig behoben?
- Katastrophenschutz: Sind Rettungswege, Evakuierungsmöglichkeiten und Notversorgung ausreichend vorbereitet und praktisch überprüft?
- Klimaanpassung: Führen erkannte Risiken tatsächlich zu konkreten Schutzmaßnahmen oder verbleiben sie in Konzepten und Planungen?

Diese Fragen betreffen nicht nur einzelne Regionen. Sie berühren die Sicherheit und Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Was wir aus den Erfahrungen am Niederrhein lernen können

Der linke Niederrhein ist ein Beispiel dafür, wie technische Eingriffe in die Natur langfristige Folgen für ganze Lebensräume haben können.

Durch jahrzehntelangen Steinkohle- und Steinsalzbergbau wurden Gelände- und Grundwasserverhältnisse teilweise dauerhaft verändert. In bestimmten Senkungsgebieten ist eine natürliche Entwässerung nicht mehr ausreichend möglich.

Der Schutz dieser Gebiete hängt deshalb nicht allein von sicheren Deichen ab, sondern auch von dauerhaft funktionsfähigen Pumpanlagen, Entwässerungssystemen, Energieversorgung und geeigneten Notfallkonzepten.

Seit vielen Jahren weisen Bürgerinitiativen und Fachleute auf diese Zusammenhänge hin.

Die entscheidende Frage lautet: **Welche verbindlichen Maßnahmen folgen aus den bekannten Risiken, und wer gewährleistet deren dauerhafte Umsetzung?**

Diese Fragestellung gewinnt durch den Klimawandel zusätzlich an Bedeutung.

Bürgerbeteiligung – mehr als ein formales Verfahren?

Unsere Demokratie lebt davon, dass Bürger ihre Erfahrungen, Kenntnisse und begründeten Bedenken in politische Entscheidungsprozesse einbringen können.

Petitionen, Stellungnahmen und Einwendungen eröffnen dafür wichtige Möglichkeiten.

Doch Bürgerbeteiligung sollte sich nicht allein darin erschöpfen, dass Eingaben entgegengenommen, geprüft und beantwortet werden.

Für die Beteiligten ist ebenso wichtig zu erfahren, welche ihrer Hinweise berücksichtigt wurden, welche nicht und aus welchen sachlichen Gründen.

Gerade bei langfristigen Sicherheitsfragen können praktische Erfahrungen aus der Bevölkerung eine wertvolle Ergänzung wissenschaftlicher und behördlicher Untersuchungen sein.

Eine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit Bürgerhinweisen stärkt nicht nur die Qualität politischer Entscheidungen, sondern auch das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Was bedeutet staatliche Verantwortung?

Der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit ist im Grundgesetz verankert. Daraus ergeben sich staatliche Schutzpflichten, deren konkrete Ausgestaltung dem Gesetzgeber und den zuständigen Stellen allerdings Gestaltungsspielräume lässt.

Gerade deshalb kommt es darauf an, wie diese Spielräume genutzt und wie gesetzliche Schutzaufgaben praktisch organisiert werden.

Für eine langfristig wirksame Sicherheitsvorsorge sollten insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

Was muss geschützt werden? Welche Sicherheitsanforderungen gelten? Wer ist verantwortlich? Wann wird gehandelt? Wie wird die Umsetzung kontrolliert? Und wie ist die Finanzierung dauerhaft gesichert?

Wo solche Fragen ungeklärt bleiben, können zwischen politischer Zielsetzung und tatsächlichem Schutz erhebliche Lücken entstehen.

Ein notwendiger Perspektivwechsel

Deutschland steht vor großen Aufgaben: Klimawandel, alternde Infrastruktur, Veränderungen der Energieversorgung und die Bewältigung langfristiger Umwelt- und Bergbaufolgen.

Die dafür erforderliche Vorsorge darf nicht erst dann in den Mittelpunkt rücken, wenn Schäden eingetreten sind.

Eine vorausschauende Sicherheitspolitik muss erkannte Risiken bewerten, Schutzdefizite offenlegen und rechtzeitig über geeignete Maßnahmen entscheiden.

Das erfordert fachliche Kompetenz, klare Zuständigkeiten, verlässliche Finanzierung und eine wirksame Kontrolle der Umsetzung.

Es bedeutet aber auch, dass Politik und Verwaltung offenlegen sollten, wo Sicherheit gewährleistet werden kann und wo trotz aller Schutzmaßnahmen Restrisiken verbleiben.

Fazit: Vom Versprechen zur überprüfbaren Vorsorge

Sicherheit entsteht nicht allein durch Gesetze, politische Absichtserklärungen oder die Beschreibung bekannter Risiken. Sie entsteht durch rechtzeitig getroffene, wirksame und dauerhaft gesicherte Schutzmaßnahmen.

Nicht jede Gefahr lässt sich verhindern. Aber bekannte und vermeidbare Schäden sollten nach Möglichkeit verhindert werden, bevor Menschen, Eigentum und Lebensgrundlagen betroffen sind.

Daran sollten sich politische Entscheidungen und staatliche Vorsorge messen lassen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb:

Wissen wir genug über unsere Gefährdungen – und tun wir auch rechtzeitig das Erforderliche, um ihnen zu begegnen?

Diese Frage verdient öffentliche Aufmerksamkeit. Nicht erst nach einer Katastrophe, sondern gerade in Zeiten, in denen noch gehandelt werden kann.

Xanten, 20.10.2026

Hans-Peter Feldmann

„Was gilt, muss auch gelten.“